



Foto: Bode/Wendel

## 2009 – Legen wir los!

2009 ist das Jahr der großen Herausforderungen. Vor uns liegen die Europa- und die Bundstagswahl, bei denen wir unseren Beitrag zu einem guten Gesamtergebnis für DIE LINKE leisten und zugleich zeigen wollen, dass unsere Partei auch in der Hauptstadt breiten Rückhalt in der Bevölkerung genießt.

Zuvor jedoch müssen wir alle Kräfte mobilisieren, um beim Volksentscheid über die Einführung eines Wahlpflichtfachs Religion eine Mehrheit für die Ablehnung dieses von den Kirchen, der CDU und der FDP getragenen Vorhabens zu gewinnen. Wir wollen, dass am Ethikunterricht weiterhin alle Kinder gemeinsam teilnehmen, um sich miteinander über ihre Vorstellungen vom Leben und ihre Religion auszutauschen, statt nach Konfessionen getrennt übereinander zu sprechen.

Im Bildungsbereich werden in diesem Jahr aber noch weitere Weichen gestellt. Mit der SPD werden wir über die künftige Schulstruktur verhandeln, die nach unserer Ansicht allen Kindern unabhängig von ihrer Herkunft die Chance auf den bestmöglichen Schulabschluss bieten muss. Wir halten unseren Vorschlag einer gemeinsamen Schule für alle von der 1. bis zur 10. Klasse oder zum Abitur dafür am geeignetsten und wollen, dass der Weg dahin offen bleibt.

Und schließlich wird DIE LINKE. Berlin sich auch in diesem Jahr an zahlreichen außerparlamentarischen Aktionen beteiligen. Sei es an den Protesten gegen den Naziaufmarsch in Dresden im Februar oder den Aktionen gegen den Nato-Gipfel in Straßburg Anfang April. Es gibt also allerhand zu tun. Legen wir los!

■ Carsten Schatz, Landesgeschäftsführer

**Respect every kiss** 500 Menschen protestierten am 24. Januar gegen homophobe Gewalt. Trauriger Anlass war ein brutaler Überfall auf zwei schwule Männer in den Tagen zuvor. Für den Senat bzw. DIE LINKE sprachen auf der Kundgebung die Senatorin Heidi Knake-Werner sowie der stellv. Fraktionsvorsitzende Stefan Liebich.

## JA – wir wollen Europa gemeinsam verändern!

Am 28. Februar und 1. März 2009 wird DIE LINKE in Essen den Startschuss für den bevorstehenden Europawahlkampf geben. Die Delegierten werden das Wahlprogramm beschließen und die Kandidaten/innen wählen, die sich als Teil der Europäischen Linken im Europaparlament aktiv für ein friedliches, demokratisches und sozial gerechtes Europa einsetzen sollen.

Mit welchen Argumenten und Positionen kann DIE LINKE Wähler/innen für die Wahl am 7. Juni 2009 gewinnen? Europapolitik ist sehr konkret und berührt die unmittelbaren Interessen der Menschen. Jedes Mal, wenn wir den Wasserhahn aufdrehen, Strom verbrauchen oder den öffentlichen Nahverkehr nutzen, ist die EU im Spiel – ob mit Vorschriften, Fördermitteln oder europäischen Leitungsnetzen. EU-Politik greift somit tief in die konkreten Lebenssituationen ein. Dabei steigt die Unzufriedenheit der Menschen mit der EU. Hohe Arbeitslosigkeit, wachsende Armut, steigende Preise und zunehmende Unsicherheiten prägen zunehmend das Leben der Menschen in Europa. Die gegenwärtige Krise verdeutlicht die falschen neoliberalen Grundlagen der EU-Verträge, die zu weiteren Privatisierungen und Liberalisierungen im Dienstleistungsbereich, im Gesundheitswesen, in der Bildung sowie der Wasser- und Energieversorgung führen. Die Wahlen zum Europäischen Parlament sind

eine Chance, diese Grundlagen zu verändern und für Europa eine neue Perspektive zu eröffnen. Wir wollen die Bürgerinnen und Bürger ermutigen, uns ihre Stimme zu geben, weil wir Europa anders denken und ihre Interessen aktiv vertreten werden.

Eine zukunftsfähige EU lässt keine weitere Militarisierung zu, stoppt die Liberalisierung und Privatisierung der öffentlichen Dienstleistungen. Sie schreibt verbindliche Sozialstandards fest und schließt Sozialdumping aus. Sozialdienste sind Gemeinwohlverpflichtung des Staates statt unternehmerische Tätigkeiten im Sinne des EU-Wettbewerbsrechts. Auch im Berliner Abgeordnetenhaus haben wir Anträge eingebracht und verabschiedet, die konkrete Lösungsansätze in dieser Hinsicht beinhalten. In einem zukunftsfähigen Europa muss die Kapitalmacht durch solidarische Strukturen und öffentliche Kontrolle zurückgedrängt werden.

Ein zukunftsfähiges Europakonzept der Linken darf nicht bei Visionen stehen bleiben. Ein besseres Europa muss schon jetzt und konkret mit den real existierenden Möglichkeiten erkämpft werden – mit Kompetenz und Leidenschaft!

■ Martina Michels, MdB europapolitische Sprecherin der Linksfraktion im Abgeordnetenhaus, Bewerberin für die Liste der Kandidaten/innen zur Europawahl

# Thema:

## Zöllner hört auf DIE LINKE

Auf einer Klausur zog der Vorstand der Fraktion DIE LINKE im Abgeordnetenhaus positive Bilanz der bisherigen Schwerpunktarbeit in der Koalition. So habe das Ringen um Gemeinschaftsschulen den Weg für grundlegende Veränderungen in der Berliner Bildungslandschaft geöffnet. Das von Senator Jürgen Zöllner (SPD) vorgeschlagene Modell für eine Schulstrukturreform wurde als «erster richtiger Schritt gegen soziale Ausgrenzung» bewertet, da es die Abschaffung der Hauptschulen vorsehe. Zöllners Vorschlag verbaue zudem nicht den Ansatz der Linkspartei, «in der Perspektive zu einer Schule für alle zu gelangen». Zöllner habe sich bewegt, seine Sekundarschule ziele auf Integration, nicht auf Auslese. Auch wurde die Forderung der Linken nach einer Sozialquote als ein Zugangskriterium für die Gymnasien aufgenommen. Diese müssten sich damit verändern und öffnen, hieß es aus dem Fraktionsvorstand.

## Über 5.000 Jobs gefördert

Die Zahl öffentlich geförderter Jobs in Berlin ist weiter gestiegen. Bisher konnte mehr als 5000 Langzeitarbeitslosen über den ÖBS eine ordentlich bezahlte Stelle im sozialen oder kulturellen Bereich finanziert werden. Bis Ende der Legislaturperiode sollen es 8.000 Arbeitsplätze sein, die mit Mitteln des Bundes und des Landes Berlin öffentlich gefördert werden. Arbeitsmarktsenatorin Heidi Knake-Werner (DIE LINKE) engagiert sich, dass es bis 2011 sogar 10.000 Plätze werden.

## Mieter im Mittelpunkt

Die Linksfraktion im Abgeordnetenhaus will sich in diesem Jahr verstärkt für bezahlbare Mieten einsetzen. Untersucht werde u.a. die Geschäftspolitik der öffentlichen Wohnungsunternehmen, inwieweit sie Instrumente nutzen, um Mieten zu regulieren und eine soziale Auslese unter den Mietern zu verhindern. Im März wird sich die gesamte Fraktion auf einer Klausur mit dem Thema befassen.

# „berlinpass“

## – öffne Dir die Stadt

Öffne dir die Stadt – so lautet das Motto des Berlinpasses, seit Januar die „Eintrittskarte“ für Menschen mit sehr geringem Einkommen, am gesellschaftlichen und kulturellen Leben Berlins teilzunehmen.

In Berlin leben rund 430.000 Empfänger/innen von Arbeitslosengeld II, mit ihren Angehörigen sind rund 580.000 Menschen abhängig von Hartz IV. Das ist jeder sechste Berliner und Berlinerin, davon ca. 147.000 Kinder unter 15 Jahre. In Berlin gibt es zudem rund 100.000 Empfänger/innen von Sozialhilfe, davon ca. 28.500 Rentner/innen. Und rund 12.000 Menschen bekommen Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz (AsylbLG).

Der rot-rote Senat arbeitet schon lange daran, Menschen mit geringem Einkommen ein weit gefächertes Angebot an ermäßigten oder kostenfreien Leistungen in öffentlichen Einrichtungen oder öffentlichen Unternehmen wie den Berliner Verkehrsbetrieben anzubieten. Die bekanntesten sind das Sozialticket des VBB oder das Drei-Euro-Kultur-Ticket. Viele dieser Angebote sind nicht immer bekannt oder werden teilweise nur zögerlich wahrgenommen. Oft auch deshalb, weil sie nur mit Vorlage von Leistungsbescheiden gültig waren. Das ist für viele Menschen so demütigend, dass sie lieber verzichten.

Deswegen haben wir jetzt den „berlinpass“ eingeführt: Einen scheckkartengroßen Ausweis, der kostenfreie und ermäßigte Leistungen bei allen Anbietern, die sich am „berlinpass“ beteiligen, ermöglicht. Er ersetzt das alte Sozial- und Kulturticket. Er lässt

es zu, dass sich seine Inhaber/innen die Stadt öffnen, ohne stigmatisiert zu werden.

Der Slogan - Öffne Dir die Stadt - soll motivieren und auffordern. Er ist ein Signal, dass jede und jeder die Möglichkeit hat, am Leben in dieser Stadt teilzunehmen. Und das Signal ist offenbar angekommen. Seit Anfang Januar werden die Bürgerämter bestürmt, die Berlinpässe auszugeben und auch die Zahl der Unternehmen, die sich beteiligen, wächst. Denn: Beide Seiten profitieren. Die Inhaber/innen des Berlinpasses und die Unternehmen, die die Teilnahme an ihren Veranstaltungen oder die Nutzung ihrer Einrichtungen erhöhen können. Hertha BSC, ALBA Berlin, 1.FC Union Berlin oder das Kino in den Hackeschen Höfen z. B. verkaufen so Karten, die sie sonst nicht verkauft hätten. Sie sind solidarisch und senden damit ein Signal in die Stadt.

Mit dem „berlinpass“ haben wir einen weiteren Schritt getan, Armut zu bekämpfen und mehr Teilhabe zu ermöglichen. Doch dabei bleiben wir nicht stehen. Wir wollen zum einen den Geltungsbereich ausweiten, zum anderen aber auch den Kreis der Berechtigten, die den „berlinpass“ nutzen können. Denn es sind nicht nur die Empfänger/innen von sozialen Leistungen, die über geringes Einkommen verfügen. Viele sind arm trotz Arbeit und auch ihnen wollen wir Stück für Stück mehr Zugang zum kulturellen und gesellschaftlichen Reichtum dieser Stadt öffnen.

■ Heidi Knake-Werner, DIE LINKE, Sozialsenatorin



Foto: Annegret Gabelin



Foto: Annegret Gabelin

**27. Januar** – Gedenktag für die Opfer des Nationalsozialismus: Auf zahlreichen Veranstaltungen wurde in Berlin der Millionen Opfer der nazistischen Vernichtungsideologie und -praxis gedacht. Im Museum Lichtenberg wurde die Ausstellung „Zwangsarbeit für den Endsieg - das Konzentrationslager Mittelbau-Dora, Nordhausen“ eröffnet (Foto). In dieses zuletzt eröffnete KZ wurden Überlebende anderer KZ und Vernichtungslager, darunter aus Auschwitz, verschleppt, um sie zur Zwangsarbeit für die Rüstungsindustrie zu pressen.

## Gemeinsam gegen Rechtsextremismus, Rassismus und Antisemitismus

Konferenz der Linksfractionen im Bund und in Berlin am 24./25. Januar

Reden wir über eine gefährliche Entgleisung. Zwei Tage lang diskutierten über 200 Teilnehmerinnen und Teilnehmer auf einer bundesweiten Konferenz der LINKEN über Strategien gegen Rechtsextremismus, Rassismus und Antisemitismus. Ein drängendes Thema, allemal wenn man weiß, dass im statistischen Schnitt Stunde für Stunde 2 ½ rechtsextremistische Straftaten und Tag für Tag 2 ½ rechtsextremistische Gewalttaten registriert werden. Das sind die offiziellen Zahlen. Die realen sind höher und entsprechend größer ist auch die Zahl der Opfer. Drastischer gesagt: Rechtsextremismus, Rassismus und Antisemitismus sind hierzulande längst wieder eine Gefahr für Leib und Leben, in Ost und West.

Die Tagung war übrigens ein Gemeinschaftswerk der Linksfractionen im Bundestag und im Abgeordnetenhaus. Sie brachte Wissenschaftler, Politiker, Journalisten, Verbände, Initiativen und Praktiker vor Ort zusammen. Und das zu vielfältigsten Themen, von Tendenzen im rechtsextremistischen Milieu über NPD-Strategien in Parlamenten bis hin zum Antisemitismus in Fußballstadien. Nach allem, was ich höre, wurde die Konferenz durchweg positiv bewertet. Die wichtigsten Beiträge werden nunmehr dokumentiert und können demnächst von noch mehr Interessierten nachgelesen werden. So weit, so gut.

In die Beratungen hinein platzte ein Interview von SPD-Chef Franz Müntefering. Darin versuchte

er, DIE LINKE als „national sozial“ zu diffamieren. Nun ziehe ich mir diese Jacke nicht an. DIE LINKE ist internationalistisch oder sie ist nicht links. Das ist eine politische Binsenweisheit. Und das weiß man. Mich ärgert etwas anderes. Müntefering ist ein Polit-Profi. Und als solcher rückt er DIE LINKE in die Nähe der National-Sozialisten, der Nazis. Das wiederum hat nur eine Wirkung: Er verharmlost damit das NS-Regime. Er verhöhnt zugleich dessen Opfer. Und die NPD frohlockt. Damit hat der angeblich rote SPD-Müntefering das schwarze Niveau von CDU-Koch erreicht. So tief sollte man nicht fallen, auch in Wahlkampfzeiten nicht. Im selben FAZ-Interview bezeichnete der SPD-Chef die Linkspartei übrigens auch noch als „Sozial-Romantiker“. Für dieses Lob danke ich ihm ausdrücklich. Die SPD hat mit „Hartz IV“ Millionen verarmt und mit ihrer Steuer-Politik Milliarden hofiert. Das ist weder romantisch noch sozial. Im Gegenteil! Umso verwerflicher ist es, linke Alternativen in die rechtsextremistische Ecke zu schwindeln. Die SPD-Spitze versucht es dennoch, hilflos und kurzsichtig. Darob rumpeln SPD-Ikonen wie August Bebel und Willy Brandt im Grabe. Sie wollten Frieden, mehr Demokratie und soziale Gerechtigkeit. Heute wären sie wohl Mitglied der Partei DIE LINKE. Werten dass...

■ Petra Pau, MdB,  
Vizepräsidentin des Deutschen Bundestags

**WAHLEN 2009**  
Original sozial.

Als Bewerber/innen der Partei **DIE LINKE**. Berlin für Direktmandate zum Deutschen Bundestag wurden bisher gewählt:

Im Wahlkreis 077 (Pankow):  
**Stefan Liebich**, stellvertretender Vorsitzender der Linksfraction im Abgeordnetenhaus von Berlin

Im Wahlkreis 078 (Reinickendorf):  
**Felix Lederle**, Mitglied des Landesvorstands der LINKEN in Berlin

Im Wahlkreis 084 (Friedrichshain-Kreuzberg, Prenzlauer Berg Ost):  
**Halina Wawzyniak**, stellvertretende Vorsitzende der Partei DIE LINKE

Im Wahlkreis 085 (Treppow-Köpenick):  
**Gregor Gysi**, Vorsitzender der Linksfraction im Deutschen Bundestag

Im Wahlkreis 086 (Marzahn-Hellersdorf):  
**Petra Pau**, Vizepräsidentin des Deutschen Bundestags

Im Wahlkreis 087 (Lichtenberg):  
**Gesine Lötzsch**, stellvertretende Vorsitzende der Linksfraction im Deutschen Bundestag

**Den Nazis am 14. Februar 2009 entgegentreten!**

Bundesweite Demonstration in Dresden:

**GEH DENKEN**  
[www.geh-denken.de](http://www.geh-denken.de)

## Termine:

10. Februar

Tegeler Dialoge zur Demokratie

**„Die Gerechtigkeitslücke. Wie die Politik die Gesellschaft spaltet“**

Ottmar Schreiner (MdB, SPD) liest aus seinem 2008 erschienenen Buch

Moderation: Dr. Klaus Gloede

Eintritt: 1,50 Euro

19 Uhr, Roter Laden, Schloßstr. 22, 13507 Berlin (U6 Tegeln)

10. Februar

Reihe „Baustelle Europa“

**Europa - nicht ohne uns!**

Demokratische Rechte sind Menschenrechte  
Mit Sylvia-Yvonne Kaufmann, Mitglied des EP,  
Jaroslav Šonka, Journalist, Moritz Janke, Junge  
Europäische Bewegung Berlin-Brandenburg e.V.  
Moderation: Bärbel Romanowski

19 Uhr, Europahaus, Unter den Linden 78, 10117 Berlin

11. Februar

AK Linke Metropolenpolitik – Reihe Stadtpolitik

**Wie weiter mit den Sanierungsgebieten?**

Gesprächspartner: Dr. Matthias Bernt (IRS), Andreas Wilke (Koordinationsbüro zur Unterstützung der Stadterneuerung). Moderation: Dr. Andrej Holm (AK Linke Metropolenpolitik)

Eintritt: 1,50 Euro

19.30 Uhr, Turm des Hauses am Frankfurter Tor

19. Februar

**Das Comeback der Überzeugungen**

Starker Staat, schwache Banken, politische Presse: Haben die linken Medien im Krisenjahr 2009 wieder Konjunktur?

Diskussion mit Anna Roth (Bloggerin), Jürgen Reents (Chefredakteur ND), Wolfgang Storz (Autor, ehemals Chefredakteur FR), Philip Grassmann (Chefredakteur Freitag), Bascha Mika (Chefredakteurin taz). Moderation: Kathrin Gerlof (Journalistin)  
19.30 Uhr, tazcafe, Rudi-Dutschke-Str. 23, 10969 Berlin (U-Bhf. Kochstraße)

26. Februar

Reihe „Rendezvous“ zur Faschingszeit

**Kurzweilige Freiheit der Frauen**

**im Karneval des 17. Jahrhunderts und später**

Referentin: Ilseget Fink. Moderation: Marlene Vesper  
Eintritt: 1,50 Euro

15 Uhr, Helle Panke, Kopenhagener Str. 9, 10437 Berlin

28. Februar

**Moskau – Spandau – Halle.**

**Etappen eines Lebensweges**

Erinnerungen an den Ausbruch des II. Weltkriegs vor 70 Jahren; Filmaufführung „Ich war neunzehn“ (DEFA-Film 1968, Regie: Konrad Wolf) mit Wladimir Gall, Zeitzzeuge, ehem. Parlamentär von Spandau

Moderation: Dr. Cornelia Domaschke

15 Uhr, Kino Toni, Berliner Allee, 13086 Berlin

## Impressum:

DIE LINKE.

Landesvorstand Berlin

Karl-Liebknecht-Haus

Kleine Alexanderstraße 28, 10178 Berlin

Tel. 24 00 93 01, Fax: 24 00 92 60

E-Mail: lv@die-linke-berlin.de

V. i. S. d. P.: Annegret Gabelin

Titel & Gestaltung: WARENFORM

Druck: Druckerei Bunter Hund

Redaktionsschluss: 29. 1. 2009

## Kalenderblatt:

### 5. Februar 1989

## Die letzten Todesschüsse an der Berliner Mauer

Am 5. Februar 1989 wurde der 20-jährige DDR-Bürger Chris Gueffroy an der Berliner Mauer durch Grenzsoldaten erschossen. Gemeinsam mit seinem Freund Christian G. hatte er im Stadtbezirk Treptow die Flucht nach Westberlin versucht, um der im Mai anstehenden Einberufung zur NVA zu entgehen.

Irrigerweise waren die beiden jungen Männer davon ausgegangen, dass seit Ende 1988 der Schießbefehl ausgesetzt sei. Chris Gueffroy starb innerhalb weniger Minuten. Ein Brustschuss hatte ihm den Herzmuskel zerfetzt. Christian G. wurde am 24. Mai 1989 vom Stadtbezirksgericht Berlin-Pankow wegen versuchten ungesetzlichen Grenzübertritts im schweren Fall zu einer Freiheitsstrafe von drei Jahren verurteilt.

Durch eine Traueranzeige in der Ostberliner „Berliner Zeitung“ und einen Korrespondenten der „Frankfurter Rundschau“ wurde die Nachricht im Westen verbreitet. Die Tötung von Chris Gueffroy rief in einem von der SED-Führung nicht kalkulierten Ausmaß internationale Proteste und diplomatische Schritte gegen den Schießbefehl an der Mauer hervor.

Anfang April 1989 hob SED-Generalsekretär Honecker den Schießbefehl, dessen Existenz offiziell bestritten worden war, in einer geheimen Anweisung auf.

Die Schüsse auf Chris Gueffroy und Christian G. waren die letzten Todesschüsse an der Berliner Mauer. Am 20. Januar 1992 wurden die Todesschützen vom Landgericht Berlin verurteilt.

Ingo H., der aus 40 Meter Entfernung schoss, wegen Totschlags zu drei Jahren und sechs Monaten Haft; Andreas K., der aus seiner Kalaschnikow Dauerfeuer gegeben hatte, zu zwei Jahren Gefängnis auf Bewährung wegen versuchten Totschlags. In den nächsten Instanzen wurde Andreas K. freigesprochen und das Strafmaß für Ingo H. wurde auf zwei Jahre Haft reduziert, die zur Bewährung ausgesetzt wurden. Jeder Mensch, der bei dem Versuch, sein Land zu verlassen, getötet wurde, ist unzweifelhaft einer zu viel, doch die besondere Tragik, dass ein junger Mann sein Leben zu einem Zeitpunkt verlor, wo wenige Monate später die Mauer endgültig fiel und ihre Erbauer abdankten, bleibt. Und sollte davor bewahren, diesen Teil der Geschichte als den „Umständen geschuldet“ zu verklären.

■ Marion Seelig, MdB

# Service

LIMA  
6. Akademie  
5. - 8. März 2009  
Berlin  
NETZE KNÜPFEN  
Fit für den Medienalltag: Vier Tage – mehr als 120 Workshops | Vorträge | Intensivseminare | Präsentationen | Exkursionen | Debatten  
Jetzt anmelden!  
www.linke-medienakademie.de